Ist eine "linke" Finanzpolitik möglich? : Gespräch mit Therese Frösch

Autor(en): **Frösch, Therese / Hänsenberger, Urs**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **72 (1994)**

Heft 2

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341080

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ist eine „linke" Finanzpolitik möglich?

Gespräch mit Therese Frösch

Therese Frösch, ehemalige Gewerkschaftssekretärin beim VPOD und gegenwärtige Finanzdirektorin der Rot-Grün-Mitte-Mehrheit (RGM) der Stadt Bern, ist mit ihrem ersten Budget, das eine Steuererhöhung um zwei Zehntel vorsah, in der Volksabstimmung gescheitert . Inzwischen wurde auch das zweite Budget mit einer Steuererhöhung um einen Zehntel am 17.4.94 von den StimmbürgerInnen verworfen.

Therese, Du hast Dich als Stadtberner Finanzdirektorin für kurzfristig relativ hohe Defizite stark gemacht und damit für eine konsequente antizyklische Ausgabenpolitik. Mittelfristig willst Du die Defizite zwar schrittweise verkleinern, ist ein ausgeglichenes Budget aber überhaupt in Reichweite?

Ich kann keine mittelfristigen Prognosen abgeben, weil ich nicht genau weiss, wie sich die Wirtschaft weiterentwickelt und damit die Erwerbslosigkeit, welche der Stadt Mehrkosten von über 20 Millionen verursacht. Im Moment verhandeln wir mit dem Kanton über die Frage, wie wir rechtlich zum Budgetausgleich verpflichtet werden können und auch darüber, dass das Finanzhaushaltsgesetz verlangt, die Verlustvorträge in acht Jahren zurückzuzahlen.

In bezug auf die Defizite verstehe ich mich als eine klare Anhängerin einer antizyklischen Wirtschaftspolitik. Für mich ist das letztlich aber nicht nur eine links-rechts-Frage, denn auch ein bürgerlicher Finanzdirektor ist in dieser Situation mehr oder weniger zu einer solchen Politik gezwungen, wie gerade Ueli Augsburger bewiesen hat, der zuletzt auch auf den antizyklischen „Zug" aufgesprungen ist. Es geht also weniger um eine Frage des effektiven Handelns, sondern mehr darum, ob man das auch deklariert und ob dieses Instrument konsequent eingesetzt wird. Darüber hinaus müssen wir klar sehen, dass das heutige Defizit bereits von den Bürgerlichen eingeleitet worden ist: Die kantonale Steuerrevision und die städtische Steuersenkung haben uns 1987—1993 einen Ausfall von vier Steuerzehnteln gebracht, das sind immerhin 84 Millionen. Die RGM ist dann präzis zum Zeitpunkt der Rezession gewählt worden. Dazu kommt, dass der finanzpolitische Spielraum bei einem Anteil der gesetzlich gebundenen Ausgaben von 80 Prozent ohnehin klein ist.

Inwieweit kannst Du als linke Finanzdirektorin hier noch eigene Akzente setzen?

Hier stehen die anderen 20 Prozent im Vordergrund, welche in der politischen Auseinandersetzung auch immer wieder hochgespielt werden. Tatsächlich findet sich hier der kleine Spielraum, den eine Gemeinde noch hat: bei den Kinderkrippen, bei den Tagesstätten, bei einer Frauenstelle oder bei der Frage, wird dieses Schulhaus saniert oder lässt man es verlottern. Wie die budgetpolitischen Auseinandersetzungen zeigen, setze ich hier klar eigene, nämlich stark sozialpolitische Akzente, wie es unsere RGM-Wahlplattform,

mit der wir gewählt wurden, auch fordert. Ebenso wie die Steuererhöhung, der in der ersten Budgetabstimmung nur 45 Prozent der StimmbürgerInnen zugestimmt haben.

Nun ist die Stadt Bern finanzpolitisch ja nicht völlig autonom, Du hast es bereits angetönt. Sie ist, wie andere Gemeinden auch, abhängig vom Finanzausgleich und der Politik des Kantons. Wo siehst Du hier die Hauptprobleme?

Im Kanton Bern gibt es rund 400 Gemeinden mit weniger als 1000 EinwohnerInnen. Wir werden als Stadt ungefähr gleich wie sie behandelt, und zwar unabhängig davon, dass wir Zentrumsfunktionen wahrnehmen und Zentrumsleistungen erbringen. Wir haben die vom Kanton im Rahmen seiner Sparübungen an die Gemeinden überwälzten Kosten ausgerechnet. Überraschenderweise ist das Resultat für 1994 weniger dramatisch als ich angenommen habe, sie betragen rund 5 Millionen Franken. Ab 1995 wird es allerdings erheblich mehr sein. Schlimmer kann es im Spitalbereich werden, wo wir wie alle anderen Gemeinden nur eine Stimme haben und sehr viel zahlen müssen. Im Kulturbereich und beim öffentlichen Verkehr ist es kaum anders. Die Zentrumsfunktionen werden vom Kanton nicht berücksichtigt und die Beiträge der Agglomerationsgemeinden beruhen auf Freiwilligkeit.

Muss eine längerfristige Finanzstrategie nicht davon ausgehen, dass auch gebundene Ausgaben über den Gesetzes- oder Verordnungsweg verändert werden können? Bietet hier der allgemeine politische Spardruck unter Umständen nicht sogar eine Chance für die RGM, im Rahmen einer solchen Finanzstrategie gewisse Dinge umzubauen?

Bis jetzt ist unsere Finanzstrategie relativ harmlos. Das kommt nicht von ungefähr. Als Gemeinde sind wir das schwächste Glied der öffentlichen Körperschaften. Wir sind weder bei den Steuern noch bei den Sozialversicherungen gesetzgeberisch tätig. Die Menschen stehen bei uns direkt vor der Haustür und wir setzen dann einfach praktisch um. RGM macht jedoch mehr als die Bürgerlichen bei Kanton und Bund politisch Druck für Kostenabgeltung beispielsweise im Polizeibereich. Ein anderer Punkt ist die Art und Weise, wie die Verwaltung arbeitet. Und hier war ich - ohne jemanden verletzen zu wollen - nach meinem Amtsantritt relativ ernüchtert. Ich war schon immer jemand, der stark vernetzt arbeiten und Synergien ausnutzen musste. Entsprechend war ich dann erstaunt, wie sehr in der Verwaltung die Probleme isoliert angegangen werden. Hier gilt es zunächst einmal, die Potentiale einer Verwaltungsreform zu nutzen.
Dabei erfordert ein New Public Management auch neue finanzpolitische Spielregeln zwischen Parlament und Gemeinderat. Gleichzeitig dürfen wir nie vergessen, dass die Angestellten auf eine solche Reform vorbereitet und von Anfang aktiv einbezogen werden müssen. Wir müssen ihnen zeigen, dass sie nichts zu verlieren haben, auch wenn sie etwas gezielter arbeiten, und auch dass wir sie nicht im Stich lassen. Gleichzeitig müssen sie aber verstehen, dass es so wie bisher nicht mehr weitergeht, und hier spreche ich vor allem vom mittleren Kader an aufwärts.

Der finanzpolitische Spielraum ist bei einem Anteil der gesetzlich gebundenen Ausgaben von 80 Prozent ohnehin klein

Stellt sich im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform nicht auch die Frage nach Arbeitszeitverkürzungen und neuen Arbeitszeitmodellen?

Bis zu meinem Amtsbeginn hat der traditionelle Teil der Gewerkschaften zusammen mit der Personalführung der Stadt in etwa gesagt, was gut ist für die ArbeitnehmerInnen. Meistens war dies ganz auf die männliche Normalbiographie ausgerichtet. Es wurde aber auch — nicht zuletzt unter dem verstärkten Druck der Frauen — 1992 eine für schweizerische Verhält-

nisse fortschrittliche Revision des Personalreglements verabschiedet, der aber bisher sehr mangelhaft nachgelebt worden ist. Vielleicht bringt die hohe Erwerbslosigkeit heute den nötigen Druck gegenüber der männlichen Gewerksschaftsführung. Von einer Gewerkschaft verlange ich, dass sie sich auf Neues einlässt und intelligente Vorschläge bringt, wenn sie mit dem Rücken zu Wand steht.

Ich verlange von allen, die eine Erwerbsstelle haben und gut verdienen, Solidarität

Bist Du zuversichtlich, hier weiterzukommen?

Ja, ich habe gerade kürzlich eine Auseinandersetzung mit den Verbänden über die Finanzstrategie gehabt. Bei der wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung musste ich allerdings kapitulieren, weil der Arbeitgeber heute dafür nicht die vollen Kosten übernehmen kann. Die Verbände ihrerseits wollen ein Stellentauschmodell mit Vorruhestandsregelung. Bis 1997 ist dieser Kompromiss nun die gültige Strategie. Ich werde das Thema „Arbeitszeitverkürzung" aber hartnäckig weiterverfolgen. Für mich heisst das beispielsweise mehr Jobsharing oder Kaderstellen zu 80 Prozent. Ab 1.1.1997 wird dann wieder neu verhandelt.

Was anwortest Du denjenigen Bürgerlichen, die weiterhin nur ein Wort kennen: Sparen?

Sicher spreche ich von der Rezession, den willentlich gekürzten Einnahmen und den zusätzlichen Aufgaben, die insbesondere wegen der Erwerbslosigkeit anfallen. Auch davon, dass die Unternehmen ihre Verantwortung nicht einfach dem Arbeitsamt abgeben können und dass die Gemeinde ein ausgleichende Funktion zugunsten der Schwächeren wahrnehmen muss — und dass wir das machen. Punkt Schluss. Ich verlange von all denjenigen, die eine Erwerbsstelle haben und gut verdienen, Solidarität. Es gibt keinen andern Weg, denn jede Krise bringt einen Umverteilungsprozess mit sich, einen Prozess, den die Bürgerlichen ganz grundsätzlich vorantreiben, denn ich kann nicht glauben, dass es ihnen bei der Ablehnung des Budgets, und damit der Steuererhöhung, um die monatlich 13 Franken geht, die für ein steuerbares Einkommen von 40'000 Franken mehr bezahlt werden müssten.

Das sind ja eher düstere Aussichten für Mehreinnahmen?

Nun, dort, wo wir vom Kanton abhängig sind, ist es bei der satten bürgerlichen Mehrheit sicher äusserst schwierig. In der Stadt Bern hat es aber schon immer ein RGM-Potential gegeben, ich denke an Bereiche wie Umweltpolitik, öffentlicher Verkehr, Überbauungen, aber auch an die Abstimmungen über die Alpeninitiative oder die F/A 18. Mit diesem Potential können wir rechnen. Gleichzeitig glaube ich, dass Budgetauseinandersetzungen etwas sehr Spezielles sind, und noch spezieller, wenn in der Propaganda gesagt wird „mehr Steuern — nein danke!". Denn gerade junge Familien sind finanziell schon arg belastet. Als RGM müssen wir diese Leute deshalb zuerst in Bereichen überzeugen, wo es nicht in erster Linie um Geld geht. Im Zusammenhang mit den Familien denke ich etwa an Verkehrsberuhigungen und an Wohnstrassen. Wir können so Goodwill schaffen und damit eine Voraussetzung für eine grössere Akzeptanz zugunsten von mehr Einnahmen.

Wünschst Du Dir manchmal nicht, dass das Budget nicht mehr automatisch dem Volk vorgelegt werden müsste? Ihr seid ja mit einer politischen Plattform gewählt worden und könntet beanspruchen, den nötigen Spielraum für die Durchsetzung dieser Politik zu erhalten. Man könnte die RGM nach vier Jahren immer noch abwählen?

Du sprichst hier eine brandaktuelle Angelegenheit an, nämlich die Diskussionen

über die laufende Revision der Gemeindeordnung. Ich selber plädiere stark für Basisdemokratie. Wir sollten unser Standbein in der Bevölkerung und in den Bewegungen nicht schwächen. Vieles Neue in der Schweiz kommt gerade von den politischen Bewegungen. Gleichzeitig bin ich einverstanden damit, dass die geltende Ordnung Schwierigkeiten technischer und unternehmerischer Natur mit sich bringt. Ich will auch abklären lassen, ob gewisse Dinge von der Volksabstimmung ausgenommen werden könnten. Das wäre eine Voraussetzung dafür, dass wir mit Leistungsaufträgen und Zielvorgaben überhaupt arbeiten können, weil sich diese nicht einfach mit dem Zeitraum eines Budgets decken. Allerdings dürfen wir nicht so weit gehen, dass die Budgetabstimmung zur Farce verkommt.

Wir lesen heute in den Zeitungen wieder von viel günstigeren konjunkturellen Aussichten als noch vor drei Monaten. Ein Aufschwung würde doch bereits einigen finanzpolitischen Druck wegnehmen. Würden damit auch die Bemühungen um eine Verwaltungsreform erlahmen?

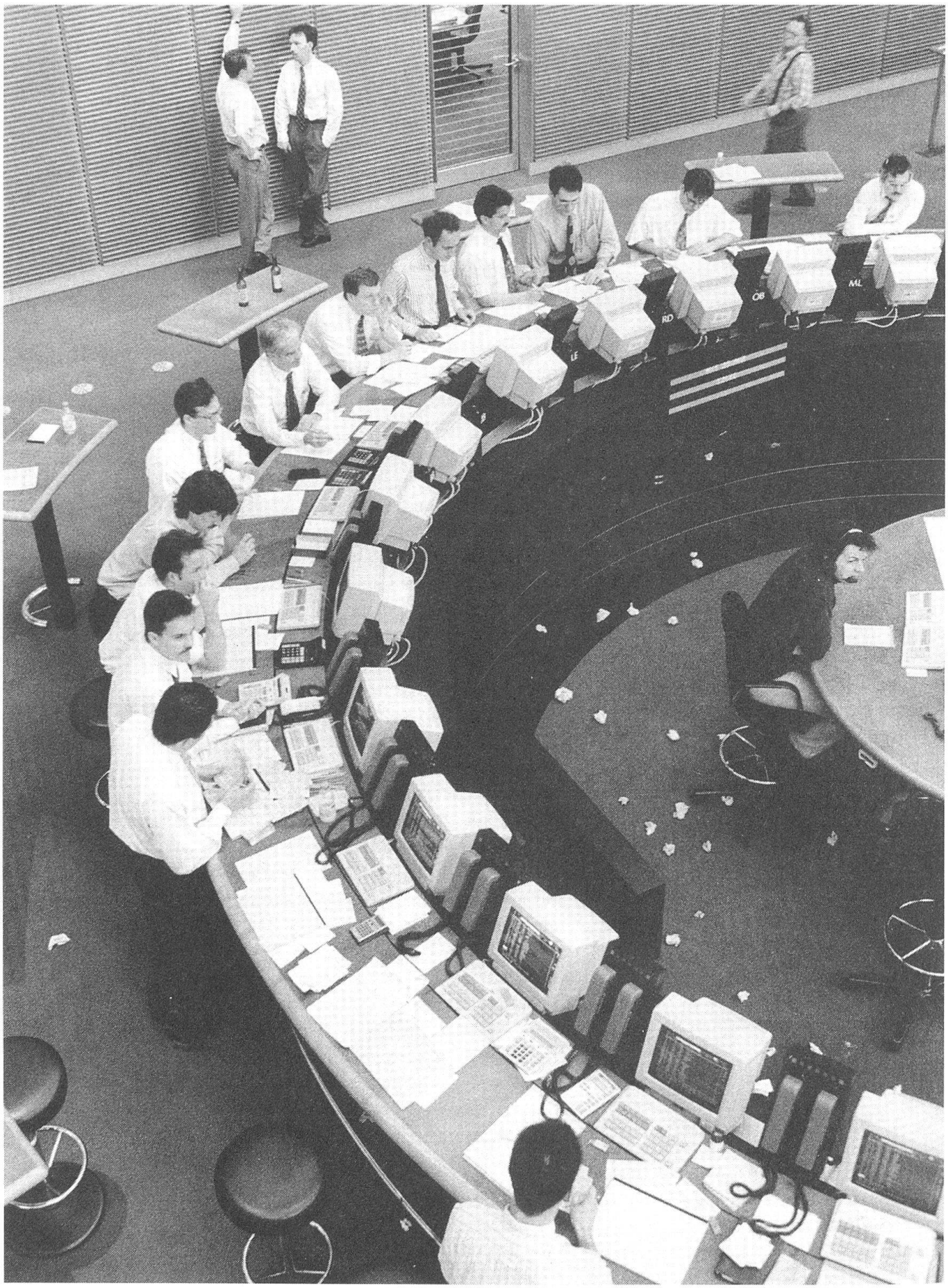
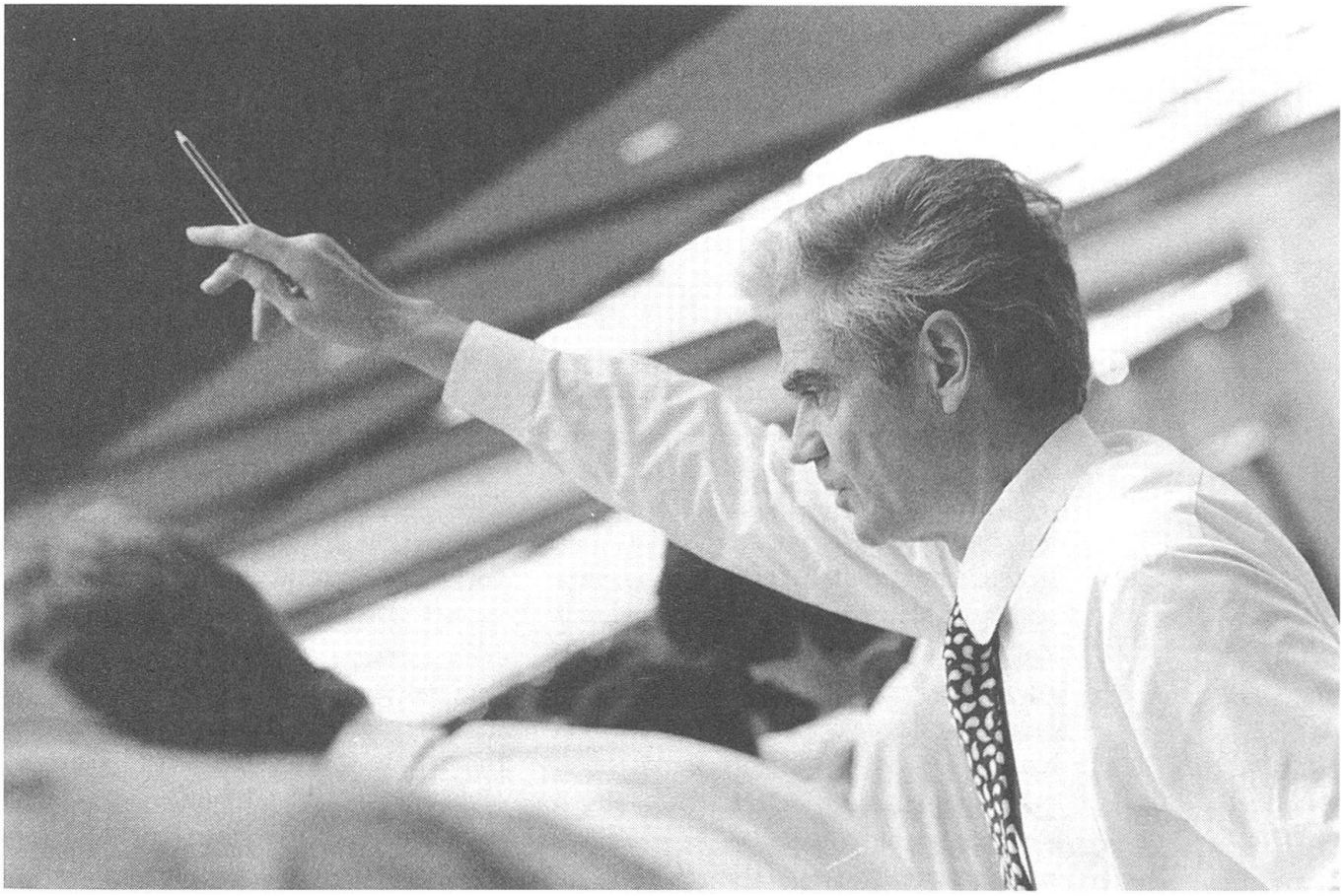
Ich denke, wir leben schon etwas in einer neuen Epoche. Selbst bei einem Wirtschaftswachstum wird die Erwerbslosigkeit, wird die Zweidrittelsgesellschaft ein Problem bleiben. Damit verbunden bleiben die Anforderungen an die Stadt bezüglich des sozialen Ausgleichs, der Arbeitsmarktpolitik oder der Bildungspolitik. Tendenziell nehmen die Aufgaben sogar zu, auch proportional zum Personalaufwand, der bereits heute knapp die Hälfte des Budgets beansprucht. Und da Neueinnahmen schwierig organisierbar sind, denke ich, dass wir nicht mehr zurück können und eine Verwaltungsreform kommen muss. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass das Ganze auch eine Chance für die Verwaltung ist.

Therese, es gibt nur zwei Finanzdirektorinnen grösserer Städte in der Schweiz. Wie kommst Du persönlich mit diesem Amt zurecht? Wie bringst Du Deine politische Herkunft mit all ihren politischen Visionen in Einklang mit der täglichen Politik der kleinen Schritte?

Ein etwas zwiespältiges Verhältnis habe ich schon dazu, aber weniger wegen den verlorengegangenen Utopien. Eher wegen all den Veränderungen in meinem persönlichen Leben, die mit solch einem Amt verknüpft sind. Wenn man sich selber nicht sehr gut kennt, besteht die Gefahr, dass man unter den täglichen Belastungen auf die Dauer eine Kopie irgendeines Politikers oder einer Politikerin wird. Ich habe ja einen Teil der täglichen Schwierigkeiten und Widerstände geschildert. Und da muss ich immer wieder für meinen differenzierten Anspruch kämpfen. Ich hoffe aber, dass sich bis Ende Legislatur einiges verändert hat und ich mehr Zeit für konzeptionelle Überlegungen haben werde. Was meine politische Herkunft anbelangt, so habe ich immer auch eine ausgesprochen praktisch-pragmatische Seite gehabt, die sich in die Kurzformel „für mehr Gerechtigkeit kämpfen" zusammenfassen lässt. Wenn ich eine interessante Arbeit habe, bei der ich mit anderen Menschen zusammen noch etwas verändern kann, ohne mich verleugnen zu müssen, dann stimmt das für mich heute. Ich hätte mich auch nie in eine andere Regierung als in eine mit RGM-Mehrheit wählen lassen. Und um noch auf die Utopien zurückzukommen, ökonomisch sind wir Linke nach dem Zusammenbruch im Osten, der Deregulierungswut des real existierenden Kapitalismus sowie angesichts neuer gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen ja ohnehin am Suchen, und ich finde, dass es wichtig ist, sich dies als Politikerin auch einzugestehen.

Selbst bei einem Wirtschaftswachstum wird die Zweidrittelsgesellschaft ein Problem bleiben

Interview: Urs Hänsenberger



Bilder: Lisa Schäublin